

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Musterverzeichnis	25
Literaturverzeichnis	27
§ 1 Einleitung	29
§ 2 Das Mandat in Versorgungsausgleichssachen	33
A. Die besonderen Schwierigkeiten des Mandats in Versorgungsausgleichssachen	33
B. Die Arten von Mandaten in Versorgungsausgleichssachen	35
I. Verbundsachen	35
II. Isolierte Versorgungsausgleichssachen	36
C. Die Annahme des Mandats in Versorgungsausgleichssachen	38
I. Allgemeines	38
II. Anwaltszwang in Versorgungsausgleichssachen	39
1. Anwaltszwang für die Eheleute	39
2. Anwaltszwang für andere Beteiligte	40
III. Besonderheiten in Bezug auf die Verfahrenskostenhilfe in Versorgungsausgleichssachen	40
IV. Besonderheiten in Bezug auf die Vollmacht in Versorgungsausgleichssachen	41
V. Kosten und Gebühren in Versorgungsausgleichssachen	41
§ 3 Versorgungsausgleich als Rechtsinstitut	45
A. Vorbemerkungen	45
B. Der Versorgungsausgleich im Interessengeflecht zwischen Ehegatten und Allgemeinheit	45
C. Funktion und Bedeutung des Versorgungsausgleichs im Rechtssystem	46
D. Rechtsquellen des Versorgungsausgleichsrechts	47
E. Die Vorgeschichte des neuen Versorgungsausgleichsrechts	48
F. Das Gesetzgebungsverfahren des neuen Rechts	50
G. Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichs	51
I. Zeitlicher Anwendungsbereich	51
II. Persönlicher Anwendungsbereich	51
III. Räumlicher Anwendungsbereich	52
1. Anwendung des für die Scheidung berufenen Rechts	53
a) Grundlagen	53
b) Anwendbares Recht bei Rechtswahl	54
c) Anwendbares Recht ohne Rechtswahl	56
aa) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	56
bb) Früherer gemeinsamer Aufenthalt	57
cc) Gemeinsame Staatsangehörigkeit	58
dd) Recht des angerufenen Gerichts	59
ee) Sonderanknüpfung bei vorausgegangenem Trennungs- verfahren	60
ff) Notverweisung	61
d) Reichweite des Statuts	62

2. Versorgungsausgleich nur bei Anwendung deutschen Rechts . . .	62
3. Kenntnis des Versorgungsausgleichs in mindestens einem der Heimatrechte	63
4. Ausnahmsweise: Versorgungsausgleich auf Antrag	64
a) Fälle	64
b) Antragserfordernis	65
c) Billigkeitsprüfung.	65
5. Zuständigkeits- und Verfahrensfragen	66
6. Besonderheiten bei eingetragenen Lebenspartnerschaften	67
IV. Sachlicher Anwendungsbereich	68
H. Konkurrenzverhältnis zu anderen Ausgleichsformen.	68
I. Güterrecht.	68
II. Unterhalt	69
§ 4 Die in den Versorgungsausgleich einzubeziehenden Anrechte	71
A. Vorbemerkungen	71
B. Rechtsgrundlage und Regelungstechnik	71
C. Voraussetzungen für die Einbeziehung in den Versorgungsausgleich im Einzelnen	72
I. Anwartschaften auf Versorgung und laufende Versorgung zur Absicherung im Alter und bei Invalidität	73
1. Versorgung wegen Alters	74
2. Versorgung wegen Invalidität	75
3. Sonstige Versorgung.	76
II. Schaffung oder Erhaltung durch Arbeit oder Vermögen	77
III. Auf Rentenzahlung gerichtet.	78
1. Grundsatz	78
2. Ausnahme: Einbeziehung von Einmalzahlungen in der betrieblichen Altersversorgung und in den dem AltZertG unterliegenden Fällen.	81
a) Betriebliche Anrechte	81
b) Anrechte aus Altersvorsorgeverträgen.	82
3. Zusammenfassende Übersicht	83
IV. Keine Relevanz von Wartezeiten	83
D. Ehezeitprinzip	84
I. Begriff der Ehezeit	84
1. Beginn der Ehezeit	84
2. Ende der Ehezeit	85
II. Erwerb der Versorgung in der Ehezeit.	85
III. Grundsätzlicher Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach Kurzeitehe.	87
§ 5 Ermittlung der in den Versorgungsausgleich einzubeziehenden Anrechte	91
A. Vorbemerkungen	91
B. Auskunftsansprüche unabhängig von der Anhängigkeit einer Versorgungsausgleichssache	91
I. Sozialrechtliche Auskunftsansprüche	91
II. Auskunfts- und Mitwirkungsansprüche nach § 4 VersAusglG	92

1. Gemeinsame Voraussetzungen.	93
2. Auskunftsanspruch gegen den anderen Ehegatten nach § 4 Abs. 1 VersAusglG.	93
3. Auskunftsanspruch gegen den Versorgungsträger des anderen Ehegatten nach § 4 Abs. 2 VersAusglG	94
4. Auskunfts- und Mitwirkungsanspruch der Versorgungsträger gegen die Ehegatten nach § 4 Abs. 3 VersAusglG.	94
5. Einzelheiten der Auskunftserteilung	95
C. Ermittlung von Versorgungsanrechten im Verfahren	95
I. Geltung des Amtsermittlungsgrundsatzes	95
II. Verfahrensrechtliche Auskunfts- und Mitwirkungspflichten.	97
1. Grundlagen	97
2. Die zur Auskunft Verpflichteten.	98
a) Eheleute	98
b) Versorgungsträger, soweit sie Beteiligte sein können	98
c) Hinterbliebene und Erben.	98
d) Sonstige Personen und Stellen.	98
3. Erfüllung der Auskunftspflicht.	99
a) Formulare für die Auskunftserteilung	99
aa) V 10 Fragebogen zum Versorgungsausgleich.	100
bb) V 11 Übersendungsschreiben zum Fragebogen	101
cc) V 12 Fragebogen zum Versorgungsausgleich für Lebens- partner	102
dd) V 13 Übersendungsschreiben zum Fragebogen für Le- benspartner	103
ee) V 21 Auskunftersuchen für Versorgungsträger der be- trieblichen Altersversorgung	104
ff) V 22 Merkblatt zum Auskunftersuchen an Arbeitgeber über Anrechte der betrieblichen Altersversorgung	105
gg) V 30 Versorgungsübersicht über Anrechte aus einer be- trieblichen Altersversorgung	106
hh) V 31 Auskunftsbogen über Anrechte aus einer betriebli- chen Altersversorgung	107
ii) V 40 Auskunftsbogen über Anrechte aus der privaten Al- tersversorgung	108
jj) V 50 Auskunftsbogen über Anrechte aus einer Versorgung aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsver- hältnis.	109
kk) V 60 Versorgungsübersicht über Anrechte aus einer Zu- satzversorgung des öffentlichen Dienstes	110
ll) V 61 Auskunftsbogen über Anrechte aus einer Zusatzver- sorgung des öffentlichen Dienstes	111
mm) V 70 Auskunftsbogen über Anrechte aus einer berufs- ständischen Versorgung	112
nn) V 100 Auskunftersuchen über eine laufende Versorgung	113
oo) V 101 Merkblatt zum Auskunftersuchen über eine lau- fende Versorgung aus einem nicht ausgeglichenen Anrecht	114

pp)	V 102 Auskunftsbogen über eine laufende Versorgung aus einem Anrecht	116
qq)	V 121 Auskunftsbogen bei Anpassung wegen Unterhalt gemäß §§ 33, 34 VersAusglG	118
rr)	V 134 Zusatzbogen zum Auskunftsbogen bei Abänderung einer Entscheidung zum Versorgungsausgleich	119
b)	Reichweite der Auskunftserteilung	120
4.	Mitwirkungsverpflichtung nach § 220 Abs. 3 FamFG	120
5.	Durchsetzung der Auskunfts- und Mitwirkungspflicht	121

§ 6 Bestimmung des Ehezeitanteils, Bewertung der in den Versorgungsausgleich einzubeziehenden Anrechte und Bestimmung des Ausgleichswerts

	Bestimmung des Ausgleichswerts	123
A.	Vorbemerkung	123
B.	Zuständigkeit für die Bestimmung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert	123
I.	Aufgaben des Versorgungsträgers	123
II.	Aufgaben von Gericht und Anwälten der Beteiligten	125
C.	Bewertungsgrundsätze	126
I.	Grundlagen und Systematik	126
II.	Rangfolge der Bewertungsarten	127
III.	Unmittelbare Bewertung von Versorgungsanrechten	128
1.	Begriff	128
2.	Bedeutung bei einzelnen Versorgungsen	128
a)	Versorgungen mit Entgeltpunkten oder vergleichbaren Rechengrößen	128
aa)	Auswirkungen bei Anrechten der gesetzlichen Rentenversicherung	129
bb)	Auswirkungen bei Anrechten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	130
cc)	Auswirkungen bei Anrechten mit Leistungs- und Steigerungszahlen	132
b)	Versorgungen mit Deckungskapital	133
c)	Versorgungen mit Rentenbausteinen	135
d)	Beitragsorientierte Versorgungsen	136
e)	Zeitorientierte Versorgungsen	136
f)	Mischversorgungsen	136
IV.	Zeiträtierliche Bewertung von Versorgungsen	136
1.	Begriff	137
2.	Bedeutung bei der Beamtenversorgung	137
a)	Grundsätze der Ermittlung der Beamtenversorgung im Hinblick auf den Versorgungsausgleich	138
b)	Berechnung des Ehezeitanteils	139
c)	Sonderfälle	139
aa)	Teilzeitbeschäftigte Beamte	140
bb)	Beurlaubte Beamte	140
cc)	Frühpensionierte Beamte	140
3.	Bedeutung bei betrieblicher Altersversorgung	141
V.	Bewertung nach Billigkeit	141
VI.	Bewertung in Spezialfällen	142

1. Bewertung bei laufenden Versorgungen	143
2. Bewertung von Anrechten der gesetzlichen Rentenversicherung .	143
a) Grundsatz: Unmittelbare Bewertung	143
b) Ausnahme: Zeiträtierliche Bewertung abzuschmelzender Anrechte	143
c) Berücksichtigung besonderer Wartezeiten	144
3. Bewertung von Anrechten aus öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	144
a) Anwendungsbereich	145
b) Maßgeblichkeit der zeiträtierlichen Bewertung	145
c) Zusammentreffen mehrerer Versorgungen	145
d) Bewertung von Anrechten von Beamten auf Widerruf und Zeitsoldaten	147
e) Korrespondierender Kapitalwert	147
4. Bewertung von Anrechten nach dem Betriebsrentengesetz	147
a) Anwendungsbereich	147
b) Anwendung der Bewertungsregeln des Betriebsrentengesetzes	148
c) Unmittelbare bzw. zeiträtierliche Bewertung	149
5. Bewertung von privaten Anrechten	150
D. Der korrespondierende Kapitalwert	151
I. Begriff und Bedeutung	151
II. Berechnung des korrespondierenden Kapitalwerts	152
1. Anrechte in der gesetzlichen Rentenversicherung	153
2. Anrechte aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis	155
3. Anrechte i.S.d. Betriebsrentengesetzes	155
4. Anrechte aus Zusatzversorgungen des öffentlichen oder kirchlichen Dienstes	156
5. Auffangregelung	156
III. Gefahren bei der Bestimmung und Berücksichtigung des korrespondierenden Kapitalwerts	157
§ 7 Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	159
A. Vorbemerkung	159
B. Grundlagen	159
C. Zeitliche Grenzen für Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	160
D. Regelungsbefugnisse der Ehegatten	162
I. Die in § 6 VersAusglG genannten Regelungsmöglichkeiten	162
1. Einbeziehung in die Regelung der Vermögensverhältnisse	162
2. Vollständiger oder teilweiser Ausschluss des Versorgungsausgleichs	163
3. Verweisung von Anrechten in den schuldrechtlichen Ausgleich .	165
II. Sonstige Regelungen	167
1. Bedingungen für den Versorgungsausgleich	167
2. Aufschiebende Befristungen des Versorgungsausgleichs	168
3. Vereinbarungen über die Ehezeit	169
a) Vereinbarungen über den Beginn der Ehezeit	169
b) Vereinbarungen über das Ende der Ehezeit	170
c) Festlegung eines Zeitraums für die Einbeziehung von Anrechten	170
4. Verzicht auf das Antragsrecht nach § 3 Abs. 3 VersAusglG	171

5. Kompensationslösungen bei an sich nach der Scheidung stattfindendem Ausgleich	171
6. Vereinbarung der Saldierung von Anrechten	174
7. Präzisierungen der Härteklausel	175
8. Vereinbarungen beim externen Ausgleich.	176
a) Vereinbarungen zur Vermeidung des externen Ausgleichs. . .	176
b) Vereinbarungen über Einzelheiten des externen Ausgleichs. .	178
9. Verzicht auf das Antragsrecht nach Art. 17 Abs. 3 Satz 2 EGBGB	179
10. Rücktrittsrechte vom Ausschluss des Versorgungsausgleichs . . .	180
E. Formelle Anforderungen an Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	181
I. Zeitliche Reichweite des Formerfordernisses	181
II. Sachliche Reichweite des Formerfordernisses.	182
III. Erfüllung des Formerfordernisses.	182
IV. Folgen eines Formverstößes	183
F. Gerichtliche Inhalts- und Ausübungskontrolle.	183
I. Grundlagen	183
II. Inhaltskontrolle	185
1. Inhaltskontrolle am Maßstab des § 134 BGB.	185
a) § 8 Abs. 2 VersAusglG	185
b) § 14 Abs. 5 VersAusglG.	185
c) § 15 Abs. 3 VersAusglG.	186
2. Inhaltskontrolle am Maßstab des § 138 Abs. 1 BGB	186
3. Folgen der Inhaltskontrolle	188
III. Ausübungskontrolle	189
IV. Wegfall der Geschäftsgrundlage	191
G. Verfahrensfragen	191
§ 8 Wertausgleich bei der Scheidung	193
A. Vorbemerkungen	193
B. Voraussetzungen des Wertausgleichs bei der Scheidung	195
I. Anwendbarkeit deutschen Rechts (Art. 17 Abs. 3 EGBGB)	195
II. Ehe von ausreichender Dauer (§ 3 Abs. 3 VersAusglG)	196
III. Vorhandensein von Ehezeitanteilen (§ 2 VersAusglG)	198
1. Grundlagen	198
2. Besonderheiten bei privaten Invaliditätsversorgungen	198
IV. Keine Geringwertigkeit der Ausgleichswerte bzw. der Differenz der Ausgleichswerte.	200
1. Funktionsweise und Zweck der Bagatellklausel	200
2. Fälle des Ausschlusses des Versorgungsausgleichs wegen Geringwertigkeit.	201
a) Geringe Differenz der beiderseitigen Ausgleichswerte bei Anrechten gleicher Art	201
b) Geringer Ausgleichswert von Einzelanrechten	205
c) Konkurrenzen	205
3. Berechnung der Bagatellgrenze	209
4. Folgen des Eingreifens der Bagatellgrenze	210
5. Verfahrensfragen.	212
6. Tenorierungsbeispiel: Geringe Differenz der Ausgleichswerte . .	212
7. Tenorierungsbeispiel: Geringer Ausgleichswert	212

V. Ausgleichsreife der Ehezeitanteile (§ 19 VersAusglG)	213
1. Begriff und Bedeutung	213
2. Nicht ausgleichsreife Anrechte	214
a) Nicht hinreichend verfestigte Anrechte	214
aa) Verfallbarkeit dem Grunde nach	215
bb) Verfallbarkeit der Höhe nach	215
b) Abzuschmelzende Anrechte	216
c) Unwirtschaftlicher Ausgleich	217
d) Ausländische, zwischenstaatliche, überstaatliche Anrechte . .	219
e) Andere Anrechte, wenn auf der Gegenseite ausländische, zwi- schen- oder überstaatliche Anrechte bestehen	221
3. Folgen der fehlenden Ausgleichsreife	223
4. Verfahrensfragen	224
VI. Kein Ausschluss wegen Unbilligkeit	224
1. Systematik	224
2. Struktur und Bedeutung der Härteregelung	225
3. Konkurrenzen	227
a) § 3 Abs. 3 VersAusglG	227
b) Art. 17 Abs. 3 Satz 2 EGBGB	228
c) § 8 Abs. 1 VersAusglG	228
d) § 18 VersAusglG	229
e) § 19 VersAusglG	229
f) § 242 BGB	230
4. Voraussetzungen der Härteregelung	230
a) Maßstab der groben Unbilligkeit	230
b) Gebotene Interessenabwägung	231
c) Fallgruppen	232
aa) Im Zusammenhang mit den Lebensumständen der Ehe- leute stehende Gründe	233
bb) Verhaltensbedingte Härtegründe	236
5. Folgen des Vorliegens eines Härtegrundes	238
6. Verfahrensfragen	242
C. Rangfolge der verschiedenen Ausgleichsformen	243
D. Interner Wertausgleich	244
I. Funktionsweise des Ausgleichs	244
1. Begründung eines Anrechts zugunsten des Berechtigten	245
2. Kürzung des Anrechts des Verpflichteten	246
3. Verrechnung von Anrechten durch die Versorgungsträger	246
II. Anforderungen an das zu begründende Anrecht	248
1. Anrecht in Höhe des Ausgleichswerts	249
a) Teilung des Deckungskapitals	249
b) Teilung der Bezugsgröße	250
c) Verhältnismäßige Teilung des Deckungskapitals	250
2. Eigenständigkeit des Anrechts	250
3. Gleicher Risikoschutz	251
4. Vergleichbare Sicherung des Anrechts	253
5. Anrecht mit vergleichbarer Wertentwicklung	254

III. Besonderheiten bei Fehlen von Regelungen über das zu begründende Anrecht	254
IV. Besonderheiten bei der internen Teilung von Betriebsrenten	255
V. Kosten der Teilung	256
1. Zur Verrechnung berechnete Versorgungsträger	257
2. Verrechnungsfähige Kosten.	257
3. Verrechnung und ihre Überprüfung.	258
VI. Auswirkungen der Teilung	259
1. Beim Ausgleichsberechtigten.	259
2. Beim Ausgleichspflichtigen.	260
VII. Verfahrensfragen	261
VIII. Tenorierungsbeispiele	261
E. Externer Wertausgleich	263
I. Begriff und Grundlagen	263
II. Externer Wertausgleich in den Fällen des § 14 VersAusglG.	263
1. Fälle des externen Ausgleichs nach § 14 VersAusglG	263
a) Vereinbarung zwischen Ausgleichsberechtigtem und Versorgungsträger des Verpflichteten	264
b) Einseitige Option des Versorgungsträgers des Verpflichteten in Bagatellfällen	266
c) Einseitige Option des Versorgungsträgers des Verpflichteten bei betrieblichen Direktzusagen und Anrechten bei Unterstützungskassen	269
2. Voraussetzungen des externen Wertausgleichs in den Fällen des § 14 VersAusglG.	270
a) Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für den Ausgleich bei der Scheidung	271
b) Vorliegen eines der Fälle des § 14 Abs. 2 VersAusglG	271
c) Steuerneutralität des Ausgleichs bzw. Zustimmung des Ausgleichspflichtigen	271
d) Keine Unzulässigkeit der externen Teilung wegen Erreichens der Altersgrenze.	273
e) Wahl einer Zielversorgung	273
aa) Anforderungen an eine Zielversorgung.	274
bb) Wahl der Zielversorgung durch den Ausgleichsberechtigten	275
cc) Ausübung des Wahlrechts innerhalb einer vom Gericht gesetzten Frist.	276
f) Zustimmung des Zielversorgungsträgers	277
3. Durchführung des externen Ausgleichs in den Fällen des § 14 VersAusglG.	277
a) Grundlagen	277
b) Ausgleich über die gewählte Zielversorgung	280
c) Auffanglösung bei fehlender oder fehlerhafter Wahl einer Zielversorgung.	280
aa) Ausgleich über die Versorgungsausgleichskasse.	280
bb) Ausgleich über die gesetzliche Rentenversicherung.	282

III. Externer Wertausgleich bei bestimmten öffentlich-rechtlichen Anrechten	282
1. Fälle des externen Ausgleichs nach § 16 VersAusglG	283
a) Beamtenversorgungen aus Bundesländern ohne internen Ausgleich	283
b) Versorgungen von Beamten auf Widerruf und von Soldaten auf Zeit	283
2. Voraussetzungen des externen Ausgleichs in den Fällen des § 16 VersAusglG	284
3. Durchführung des externen Ausgleichs in den Fällen des § 16 VersAusglG	284
IV. Externer Ausgleich bei Vereinbarung	285
V. Verfahrensfragen	287
F. Schuldrechtsanaloger Ausgleich	287
§ 9 Wertausgleich nach der Scheidung	289
A. Übersicht und Systematik	289
B. Fälle des Wertausgleichs nach der Scheidung	291
I. Fehlende Ausgleichsreife bei der Scheidung	291
II. Durch Vereinbarung aus dem Versorgungsausgleich bei der Scheidung herausgenommene Anrechte	292
III. Keine anderen nicht ausgeglichenen Anrechte	292
C. Voraussetzungen des Wertausgleichs nach der Scheidung	294
I. Überblick	294
II. Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für einen Versorgungsausgleich	295
1. Anwendbarkeit deutschen Rechts	295
2. Ehe von ausreichender Dauer	295
III. Bestehen eines noch nicht ausgeglichenen Anrechts	296
IV. Voraussetzungen aufseiten des Ausgleichspflichtigen	297
V. Voraussetzungen aufseiten des Ausgleichsberechtigten	298
1. Eigener Versorgungsbezug des Ausgleichsberechtigten	298
2. Erreichen der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung	299
3. Vorliegen der gesundheitlichen Voraussetzungen für eine Invaliditätsrente	300
VI. Keine Geringwertigkeit der Ausgleichswerte	300
VII. Kein Eingreifen eines Härtegrundes	301
1. Systematik	301
2. Vorliegen eines Härtegrundes	301
VIII. Antrag	304
D. Durchführung des Wertausgleichs nach der Scheidung	304
I. Ausgleich durch Zahlung einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente	304
1. Berechnung der Ausgleichsrente	305
2. Modalitäten der Ausgleichsrente	307
3. Behandlung von Rückständen	308
4. Steuerliche Behandlung	308
II. Ausgleich durch Zahlung eines Kapitalbetrags	308

1. Dem Ausgleich durch Zahlung eines Kapitalbetrags unterfallende Anrechte	308
2. Besonderheiten bei den Voraussetzungen des Wertausgleichs durch Kapitalzahlung	310
3. Höhe des Ausgleichsanspruchs.	310
4. Modalitäten des Ausgleichs.	311
III. Abtretung von Rentenansprüchen.	311
1. Voraussetzungen des Anspruchs auf Abtretung	312
2. Folgen der Abtretung	312
3. Ende der Wirksamkeit der Abtretung.	313
4. Verfahrensfragen.	313
IV. Abfindung des Ausgleichsanspruchs.	313
1. Grundlagen	313
2. Voraussetzungen der Abfindung.	314
a) Nicht ausgeglichenes Anrecht	315
b) Kein Eingreifen der Bagatellklausel oder eines Härtegrundes.	315
c) Zumutbarkeit der Abfindungsleistung	315
d) Zweckgebundenheit der Abfindung	316
e) Keine Fälligkeit des Ausgleichsanspruchs nach der Scheidung erforderlich	318
3. Höhe und Zahlungsweise der Abfindung	318
a) Berechnung der Höhe der Abfindung	318
b) Ratenzahlung.	319
4. Wirkung der Abfindung	320
5. Verfahrensrechtliche Besonderheiten.	321
V. Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	321
1. Anspruch auf Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung gegen den Versorgungsträger	321
a) Voraussetzungen des Anspruchs auf Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	322
aa) Tod des Ausgleichspflichtigen	322
bb) Noch nicht ausgeglichenes Anrecht	322
cc) Anrecht mit Hinterbliebenenversorgung	323
dd) Ausschluss des Anspruchs auf Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung nach § 25 Abs. 2 VersAusglG	324
b) Inhalt und Höhe des Anspruchs auf Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	324
c) Fälligkeit des Anspruchs	325
d) Adressat des Anspruchs und Modalitäten der Leistung	325
e) Auswirkungen auf eine Witwer-/Witwenrente nach dem Ausgleichspflichtigen	326
2. Inanspruchnahme des Hinterbliebenen des Verpflichteten	327
a) Voraussetzungen	327
b) Rechtsfolgen	328
E. Verfahrensrechtliche Besonderheiten des Wertausgleichs nach der Scheidung	328
I. Grundlagen	328
II. Antragserfordernis	329

III. Einstweiliger Rechtsschutz	329
IV. Abänderung von Entscheidungen	329
§ 10 Anpassung von Versorgungsausgleichsentscheidungen	331
A. Vorbemerkung	331
B. Anpassungsfähige Anrechte	333
I. Der Katalog des § 32 VersAusglG	333
II. Nicht unter den Katalog fallende Anrechte	334
C. Anpassungsfähige Entscheidungen	335
D. Anpassungsfälle	336
I. Anpassung wegen Unterhalts	336
1. Voraussetzungen der Anpassung wegen Unterhalts	336
a) Rentenbezug des Ausgleichspflichtigen	336
b) Kürzung der Rente des Ausgleichspflichtigen	336
c) Keine Rentenzahlung an den Ausgleichsberechtigten	337
d) Unterhaltsberechtigung des Ausgleichsberechtigten bei ungekürzter Rente	337
e) Wegfall der Unterhaltsverpflichtung bei gekürzter Rente	340
f) Überschreiten der Bagatellgrenze des § 33 Abs. 2 VersAusglG	341
2. Durchführung der Anpassung	343
a) Grundlagen	343
b) Begrenzung der Anpassung durch die Höhe des Unterhaltsanspruchs	344
c) Begrenzung durch die Differenz der Ausgleichswerte	344
d) Verteilung der auszusetzenden Kürzung auf mehrere Anrechte	346
3. Folgen der Anpassung	346
4. Das weitere Schicksal der Aussetzung der Kürzung	350
5. Verfahrensfragen	351
II. Anpassung wegen Invalidität oder besonderer Altersgrenze	352
1. Voraussetzungen der Anpassung	353
a) Kürzung einer Versorgung wegen Invalidität oder mit vorgezogener Altersgrenze	353
b) Erfüllung der Voraussetzungen für den Leistungsbezug des gekürzten Anrechts	353
c) Erwerb anderer Anrechte, aus denen ein Leistungsbezug nicht möglich ist	354
d) Keine Geringfügigkeit der Kürzung	355
2. Durchführung der Anpassung	355
3. Folgen der Anpassung und das weitere Schicksal der Aussetzung der Kürzung	357
4. Verfahrensfragen	357
III. Anpassung wegen Todes	357
1. Voraussetzungen der Anpassung	358
2. Durchführung der Anpassung	360
3. Folgen der Anpassung	361
E. Wirkungen der Anpassung	363
F. Verhältnis der Anpassung zu Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	363
G. Besonderheiten des Verfahrens	363

§ 11 Das Verfahren in Versorgungsausgleichssachen	365
A. Grundlagen und Übersicht	365
B. Begriff der Versorgungsausgleichssachen	367
I. Grundlagen	368
II. Mögliche Versorgungsausgleichssachen	368
III. Ähnliche, aber nicht zu den Versorgungsausgleichssachen zählende Verfahren	369
C. Zuständigkeit in Versorgungsausgleichssachen	370
I. Internationale Zuständigkeit	370
1. Internationale Zuständigkeit bei gleichzeitiger Anhängigkeit einer Ehesache	370
2. Internationale Zuständigkeit bei isolierten Verfahren	371
II. Sachliche und Geschäftsverteilungszuständigkeit	371
III. Örtliche Zuständigkeit	372
D. Beteiligte im Versorgungsausgleichsverfahren	373
I. Grundlagen	373
II. Beteiligte nach § 219 FamFG	374
1. Ehegatten	374
2. Versorgungsträger, bei denen auszugleichende Anrechte bestehen	375
3. Versorgungsträger, bei denen Anrechte begründet werden sollen	376
4. Erben und Hinterbliebene	377
a) Erben	377
b) Hinterbliebene	378
III. Durchführung der Beteiligung im Verfahren	378
E. Verfahrensgrundsätze im Versorgungsausgleichsverfahren	379
I. Einordnung als einfache Familiensache	379
II. Verbundprinzip	379
1. Begründung und Inhalt des Verbunds	379
2. Auflösung des Verbunds	380
a) Unmöglichkeit der Entscheidung vor Auflösung der Ehe.	380
b) Verzögerung durch anhängigen Rechtsstreit über Bestand oder Höhe eines Versorgungsanrechts	381
c) Ablauf von drei Monaten nach Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags	381
d) Unzumutbare Härte bei außergewöhnlicher Verzögerung des Scheidungsverfahrenspruchs	381
III. Amtsermittlungsgrundsatz	382
F. Besonderheiten des Verfahrens in Versorgungsausgleichssachen	383
I. Anwaltszwang und Vollmacht	383
1. Anwaltszwang für Ehegatten	383
2. Anwaltszwang für andere Beteiligte	384
3. Vollmacht	384
II. Erstreckung der Verfahrenskostenhilfe in der Ehesache	384
III. Amtswegiges Verfahren ohne Antrag	385
IV. Verfahrensrechtliche Auskunft- und Mitwirkungspflichten	385
V. Anhörungen in Versorgungsausgleichssachen	388
VI. Besondere verfahrensrechtliche Vorgaben der verschiedenen Ausgleichsformen	388

1. Externer Ausgleich von Versorgungsanrechten	389
a) Ausübung der Wahlrechte bei der externen Teilung	389
b) Nachweispflichten bei der externen Teilung	390
c) Inhalt der Entscheidung	391
2. Besondere Vorschriften für den Ausgleich nach der Scheidung . .	391
3. Besondere Vorschriften für Abänderungsverfahren.	392
4. Besondere Vorschriften für Anpassungsverfahren	392
VII. Aussetzung von Verfahren	393
VIII. Elektronischer Rechtsverkehr	394
1. Grundlagen	394
2. Teilnahme am Übermittlungsverfahren	394
3. Anforderungen an das Übermittlungsverfahren	394
4. Verpflichtung zur Nutzung des Übermittlungsverfahrens.	395
5. Elektronische Zustellungen an Versorgungsträger	396
IX. Einstweiliger Rechtsschutz.	396
G. Entscheidungen in Versorgungsausgleichssachen	396
I. Entscheidung durch begründeten Beschluss	396
II. Inhalte der Beschlüsse in Versorgungsausgleichssachen	397
1. Ausgleich bei der Scheidung	397
a) Interne Teilung von Anrechten	398
aa) Zusatzanforderungen an Tenor und Begründung.	398
bb) Tenorierungsbeispiele.	398
b) Externe Teilung von Anrechten	399
aa) Anforderungen an den Beschluss bei externer Teilung . .	399
bb) Tenorierungsbeispiele.	399
c) Feststellung des Ausschlusses des Versorgungsausgleichs. . .	400
d) Vorbehalt des schuldrechtlichen Ausgleichs nach der Scheidung	401
e) Vereinbarungen über den Ausschluss des Versorgungsaus-	
gleichs	401
2. Ausgleich nach der Scheidung	401
III. Verkündung und Bekanntgabe von Entscheidungen	402
IV. Wirksamwerden des Beschlusses	403
V. Kosten und Gebühren	403
H. Anfechtung von Entscheidungen in Versorgungsausgleichssachen	405
I. Beschwerde	405
II. Rechtsbeschwerde	406
§ 12 Abänderung von Entscheidungen und Vereinbarungen über den	
Versorgungsausgleich	407
A. Überblick über die Systematik des Abänderungsrechts	407
B. Abänderung von nach heutigem Recht ergangenen Titeln	409
I. Abänderung von Entscheidungen über den Ausgleich bei der Scheidung	409
1. Prinzipien der Abänderung	409
2. Voraussetzungen der Abänderung.	410
a) Der Abänderung zugängliche Entscheidungen	410
aa) Abänderungsfähige Entscheidungen	410
bb) Nicht abänderungsfähige Entscheidungen	411
b) Nachträgliche Änderung rechtlicher oder tatsächlicher	
Umstände	412

c) Wesentlichkeit der Änderung	413
aa) Wesentlichkeit wegen Überschreitens bestimmter Wertgrenzen	413
bb) Erfüllung einer Wartezeit	415
d) Wirkung der Abänderung zugunsten eines Ehegatten	415
3. Das Abänderungsverfahren	415
a) Antragsberechtigung in Abänderungsverfahren	416
b) Zeitpunkt der Antragstellung.	416
c) Entscheidung über Härtefälle	417
d) Wirkungszeitpunkt der Abänderung	417
e) Fortführung von Verfahren bei Tod des Antragstellers	417
4. Maß der Abänderung	418
II. Abänderung von Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich. . .	418
III. Abänderung von Entscheidungen über den Ausgleich nach der Scheidung.	419
C. Abänderung von nach altem Recht ergangenen Titeln zum Versorgungsausgleich	419
I. Grundlagen	420
II. Anwendungsbereich des § 51 VersAusglG.	421
III. Voraussetzungen der Abänderung	421
1. Antrag	421
2. Abänderung nach § 51 Abs. 1 VersAusglG.	421
a) Wertänderung	421
b) Wesentlichkeit der Wertänderung	422
c) Auswirkungen zugunsten der Ehegatten oder ihrer Hinterbliebenen.	423
3. Abänderung nach § 51 Abs. 3 VersAusglG.	423
a) Betroffene Anrechte	423
b) Berechnung der Wertdifferenz.	424
c) Wesentlichkeit der Wertdifferenz.	426
d) Kein Ausschluss wegen des Vorrangs eines Ausgleichs nach der Scheidung.	427
aa) Fälle des Eingreifens des Abänderungsausschlusses . . .	428
bb) Nicht dem Abänderungsausschluss unterfallende Fälle. .	429
e) Wirkung zugunsten eines der Ehegatten	430
IV. Verfahrensfragen	430
V. Durchführung der Abänderung	431
1. Durchführung eines Ausgleichs nach neuem Recht.	431
2. Beschränkung auf in der Ausgleichsentscheidung ausgeglichene Anrechte	431
3. Die neuen Einschränkungen des Ausgleichs	432
4. Rückzahlung von zur Begründung von Anrechten gezahlten Beiträgen.	433
VI. Wirksamwerden der Abänderung.	433
§ 13 Das Übergangsrecht des VersAusglG.	435
A. Vorbemerkung	435
B. Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der Einleitung des Verfahrens für alle Verbund- und isolierten Versorgungsausgleichssachen	435

I. Grundsatz	435
II. Altfälle, in denen das Verfahren ausgesetzt, abgetrennt oder zum Ruhen gebracht wurde	436
III. Am 1.9.2010 noch nicht in erster Instanz entschiedene Fälle	436
IV. Ausnahme für Altfälle aus der Zeit vor Inkrafttreten des 1. EheRG	437
C. Maßgeblichkeit der Einleitung des Verfahrens für alle Anpassungsverfahren	437
D. Wiederaufnahme von nach dem VAÜG ausgesetzten Verfahren	438
I. Wiederaufnahme auf Antrag	438
II. Wiederaufnahme von Amts wegen	438
III. Nach der Wiederaufnahme anwendbares Recht	439
E. Die Abänderung von Entscheidungen alten Rechts	439
F. Schuldrechtlicher Ausgleich nach neuem Recht nach einem Ausgleich des bisherigen Rechts	439
Stichwortverzeichnis	441
Benutzerhinweise zur CD-ROM	445